

Jost Dülffer, Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920 – 1939. Mit einem Anhang von Jürgen Rohwer, Droste Verlag, Düsseldorf 1973, 615 S., Ln., 78 DM.

»Die tiefere Ursache unseres politischen Siechtums liegt meines Erachtens in dem Fehlen der inneren seelischen Einheit unseres Volkes. Trotz Bismarcks, trotz Aufstiegs zur Weltmacht, trotz Weltkriegs und schließlich auch trotz Abstiegs von stolzer Höhe ist eine wahre Schicksalsgemeinschaft bei uns nicht hergestellt«. Als er das schrieb, im März 1928 an den Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei Graf Westarp, war er schon ein Denkmal geworden: Alfred von Tirpitz. Er hatte von 1897 bis zum Ende des Kaiserreichs die Weichen der Flottenpolitik gestellt. Der »Tirpitz-Plan«, vor einigen Jahren Gegenstand einer umfangreichen Studie von Volker R. Berghahn, erwies sich als hervorragendes Mittel zur außenpolitischen Mobilisierung und zur innenpolitischen Integration der auseinandertreibenden Gruppen und Schichten. Das Bürgertum war, weit über seine unmittelbaren ökonomischen Interessen hinaus, bereit, den Anspruch auf Weltgeltung zu unterstützen, der mit der Verwirklichung des Tirpitz-Plans eingelöst werden sollte. »Weitverbreitet war hier die Überzeugung von einer deutschen Mission in der Welt, die die Wirkung einer Kompensation für nur geringes innenpolitisches Gewicht erlangen konnte. Die politisch nur schwach im Reichstag repräsentierte Arbeiterschaft konnte man langfristig mit der Aussicht zu gewinnen suchen, durch den Gewinn neuer Absatzmärkte, den der Flottenbau mit sich bringen werde, auch ihre materiellen Interessen besser zu befriedigen« (S. 19 f.). Tirpitz' strategische Vorstellungen erwiesen sich im Ersten Weltkrieg als »geradezu katastrophale Fehlspekulationen« (Michael Salewski). Als der Untergang schon besiegelt war, erklärte der Chef des Stabes des Hochseekommandos, die Flotte solle, auch wenn dies militärisch keine Veränderungen mehr bewirken könne, zu einem letzten ehrenvollen Gefecht antreten – aus moralischen Gründen sei ein solcher Untergang einem schmachvollen Frieden vorzuziehen.

Angesichts solcher gespenstischen Formeln und vor dem Hintergrund der politischen Umgestaltung Deutschlands 1918 wirkt es auf den ersten Blick überraschend, daß die Grundzüge der Tirpitzschen Marinerüstungs-Vorstellungen ungebrochen durch die »Systemzeit« der Weimarer Republik konserviert werden konnten, um dann, in einen neuen Rahmen gestellt, im Dritten Reich erneut und dynamischer denn je zur Verwirklichung anzustehen. Die Kontinuität von Sozialstruktur und Ideologien, von Partialinteressen und »Sachzwängen«, die vom Kaiserreich zum Nationalsozialismus erkennbar ist, spottet aller »Brüche« in der Geschichte jener Jahre. Und doch schloß sie Entwicklungen keineswegs aus: Der Nationalsozialismus fungierte, wie Karl Dietrich Bracher kürzlich noch einmal gegenüber Dahrendorf und anderen feststellte, *zugleich* als Konservierungs- und als Modernisierungsdiktatur.

Jost Dülffer versucht mit seiner auf Unmengen von größtenteils bislang unerschlossenem Material beruhenden Arbeit, einen Beitrag zur Aufhellung der unter den Fachhistorikern und Sozialwissenschaftlern nach wie vor umstrittenen Kontinuitäts-These deutscher Politik, zumal Außenpolitik, und ihren Grenzen zu liefern. Sein Ziel ist, gestützt auf die Arbeiten von Hillgruber, Hildebrand und Mason, die Bedeutung des Neuaufbaus der Marine für die Innenpolitik der Weimarer Republik zu zeigen und im Anschluß daran die Kongruenz der Vorstellungen Hitlers und der Marine (deren Führung recht homogen war), aber auch deren Diskrepanzen sichtbar zu machen. Er verläßt dabei häufig den Bereich reiner Diplomatie- oder Institutionengeschichte und konzentriert sich auf die Mechanismen der Verflechtung von Innen- und Außenpolitik. Die zwar kurz geratenen, aber höchst instruktiven Seitenblicke auf die Sozialgeschichte des Dritten Reiches dokumentieren zusätzlich, daß der Autor ohne die Scheuklappen der herkömmlichen Marine-Historiographie auskommt, die er im übrigen in zahlreichen seiner Fußnoten und Anmerkungen ob ihrer oft apologetischen Perspektiven kräftig beutelt.

Das Buch gliedert sich in vier Hauptkapitel. Zunächst wird die Zeit von 1918 bis 1928, von Tirpitz bis zum Amtsantritt Raeders, in den Blick genommen. Nach einer knappen Skizze der Wilhelminischen Anläufe zu einer Weltmachtflotte geht Dülffer auf die Haltung der nach 1918 drastisch verringerten Marine im Kapp-Putsch und auf die seinerzeit berühmte »Lohmann-Affäre« ein, schildert die Entwicklung der Reichsmarine unter den Admirälen Behncke und Zenker und wendet sich dann ausführlicher den teils geheimen Schiffbauplänen und der Panzerschiff-Diskussion 1927 zu.

Im zweiten Hauptkapitel, »Marinerüstung als Faktor der Innenpolitik und Loslösungsversuche vom Versailler Vertrag 1928–1932« überschrieben, beschreibt Dülffer das politische Profil des dann bis 1943 die Entwicklung der Marine als ihr oberster Repräsentant militärisch prägenden Admirals Raeder, ferner die innenpolitischen Aspekte der Schiffbauprogramme am Ende der Weimarer Republik. Er beschäftigt sich jedoch auch recht ausführlich mit der Entwicklung der internationalen Beziehungen jener Jahre unter dem Gesichtspunkt deutscher maritimer Interessen. Die Seeabrüstungsverhandlungen nach 1918 und insbesondere die Seemächteverhandlungen 1930 und die Genfer Abrüstungskonferenz 1931 werden untersucht, wobei neben anderem auch eine Reihe skeptisch stimmender Einsichten über den Nutzen solcher Rüstungskontroll-Verhandlungen überhaupt vermittelt werden.

Am Schluß dieser ersten beiden Hauptkapitel steht ein »Zwischenergebnis«. Nach dem Zusammenbruch 1918 wurde eine der Zahl, der Spitzenorganisation und der dem bürokratischen Aufbau nach »neue Marine« aufgebaut, wobei allerdings die personelle Kontinuität Kaiserreich-Republik im Offizierkorps solche Umgestaltung weitgehend leerlaufen ließ. Dülffer schreibt dazu: »Die innere Konsolidierung der Marine zwischen den beiden Extremen Freikorps und Soldatenräten gelang weitgehend. Man distanzierte sich scharf von den Räten und knüpfte personell an die Freikorps an« (S. 200). Innenpolitische Erfolge konnte die Marine in der Weimarer Republik selten verbuchen. Nur: darum ging es angesichts der innen- und außenpolitischen Situation auch gar nicht. Denn sie zählte sich, deutlicher noch als die Reichswehr, zur »System-Opposition«. 1920 verstand es sich für die Marineleitung in Berlin von selbst, die Putschisten Kapp und Lüttwitz zu unterstützen. Die Erziehung der Marine in der Weimarer Republik war geprägt von einer zwischen deutschnationalen und genuin-nationalsozialistischen Vorstellungen pendelnden Geisteshaltung. »Aus diesem Grunde hatten wir uns nicht zu ändern, sondern konnten von vornherein aufrichtigen Herzens Anhänger des Führers werden«, sagte Raeder 1943 bei seinem Abschied als Oberbefehlshaber der Marine.

Diese herzliche Aufrichtigkeit und ihre Wurzeln unterhalb aller subjektiven Empfindungen einzelner oder auch aller Marine-Angehöriger werden in dem dritten Hauptkapitel untersucht, in dem der Leser nach einer Analyse von Hitlers außenpolitischem »Programm« bis 1933 sowie längeren Ausführungen über das Verhältnis von (taktischer) Abrüstungspolitik und vehement vorangetriebenen Aufrüstungsplänen in den Jahren 1932 bis 1934 eine brillant geschriebene diplomatiegeschichtliche Studie über den »Weg zum Flottenabkommen« 1935 mit England findet. Entscheidend bei diesem Abkommen war, daß es für die nächste Zukunft eine die Kapazitäten voll auslastende Marine-Aufrüstung erlaubte. Diesem Vorteil gegenüber wog alles andere leichter. Hitler und die Marineleitung gingen zu diesem Zeitpunkt auch völlig konform in der Einschätzung der innenpolitischen Bedeutung von Flottenpropaganda: Ihre Lautstärke sollte gedämpft werden. »Mund halten und Schiffe bauen« war das Motto, das man für klüger hielt.

Im vierten Kapitel beschreibt Dülffer den Versuch zum Aufbau einer Weltmachtflotte zwischen 1935 und 1939. In diesem Kapitel wird an angemessener Stelle deutlich, daß die ideologische Kongruenz Hitler-Marineleitung doch nicht vollkommen war. Die Hektik der von Hitler forcierten, von den Marine-Fachleuten sozusagen mit gemischten Gefühlen verwirklichten Aufrüstung gab zu Bedenken Anlaß. Raeder betrachtete sich jedoch in erster

Linie als »ausführendes Organ« des Führers und setzte sich ihm gegenüber niemals durch. Die Rivalitäten der Wehrmachtteile untereinander und zumal mit Göring, die Kämpfe um höhere Stahlkontingente und die Probleme mit dem Arbeitskräftemangel seit 1938 ließen in der Marine ein vopolitisch-borniertes Organisations-Bewußtsein entstehen, in dem die Weltgeltungs- und Hegemoniespekulationen Hitlers einen weitaus gewichtigeren Stellenwert besaßen als realistische Kalküls über die rüstungspolitischen und strategischen Möglichkeiten einer deutschen Marine.

Am Schluß seines Buches stellt Dülffer fest, der Nationalsozialismus als »diffuse Mischideologie« mit seinen Hauptkomponenten Antibolschewismus, Antisemitismus, Lebensraumexpansion, soziale Versprechungen und Führerkult habe sich als die bis dahin stärkste Integrationsklammer zur Erhaltung der Sozialstruktur erwiesen. Indes merkt er zugleich auch an, daß nicht unerhebliche Binnen-Konflikte des Nationalsozialismus von ihm selbst auch produziert worden seien. Gerade die mit irrationalem Nachdruck geförderte Marinerrüstung habe zu Spannungen in der Arbeiterschaft der Küstenorte erheblich beigetragen. Hinzuzufügen ist ferner, daß die Flottenrüstung sich als arge Belastung für die Wirtschaftspläne erwies. Obwohl Dülffer verschiedentlich darauf hinweist, daß Einzelentscheidungen im Rüstungsprozeß wirtschaftliche Gesichtspunkte einseitig zugunsten strategischer Überlegungen favorisierten (z. B. S. 389), widerspricht die Modalität der Aufrüstung insgesamt durchaus auch der Rationalität kapitalistischer Unternehmungen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage von Interesse, wie sich das Verhältnis von politischer Führung (Hitler) zu militärischer Führung (Raeder) entwickelt hat. Als Teilstreitkraft ständig in Ressortauseinandersetzungen verwickelt und deshalb mit einem kräftigen Schuß Ressortegoismus versehen, verquickte die offizielle Marine-Ideologie Eigeninteresse und Gesamtinteresse auf das engste. Für ihre Offiziere, auch für Raeder, stand außer Frage, daß die politische Geltung eines Landes in erster Linie von seinem Rang als Seemacht abhängt. Diese Identifikation mag es der Marineleitung unmöglich gemacht haben, eine Politik als verhängnisvoll zu durchschauen, in deren Programm der Flottenbau eine hohe Priorität genoß. Raeder selbst wird von Dülffer eine »unpolitische Haltung« zugeschrieben, wobei er das Adjektiv in Anführungsstriche setzt (S. 542). Damit kann also nur gemeint sein eine moralische Indifferenz gegenüber den Mitteln der eingeschlagenen Politik und eine Identifizierung mit ihren Zielen. Technokratische Bedenken (etwa bezüglich des Tempos der Rüstung) wurden zusätzlich hintangestellt, so daß diese Art von »unpolitischer Haltung« im höchsten Grade fragwürdig wird.

Dülffers Arbeit, hervorgegangen aus einer Dissertation, kann durchaus mit Recht beanspruchen, als eine Art Fortsetzung von Berghahns »Tirpitz-Plan« angesehen zu werden. Sie vermag nicht nur den Historiker mit einer Fülle neuer Erkenntnisse über bestimmte Ereignisse in der Geschichte der deutschen Marine zu versorgen, sondern wird auch dem Sozialwissenschaftler, der sich mit militär-soziologischen oder auch die Entwicklung ganzer Gesellschaften thematisierenden Fragestellungen beschäftigt, viel zu bieten haben. Sie verdient großes Lob.

Wilfried von Bredow

Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Für das Militärgeschichtliche Forschungsamt hrsg. von Friedrich Forstmeier und Hans-Erich Volkmann, Droste Verlag, Düsseldorf 1975, 415 S., kart., 30 DM.

Rüstungsgeschichte ist, sofern sie als wissenschaftliche Spezialdisziplin betrieben wurde, von den aufgeschlosseneren Militärgeschichtlern als rüstungspolitisches und rüstungstechnisches, nicht oder nur in geringem Maße aber als rüstungsökonomisches Thema verstanden worden. Die Militärs selbst hielten sich bis in die Gegenwart in ihrer Mehrzahl völlig abseits und pflegten ihre rüstungswirtschaftlichen Forderungen mit organisatorischen und strategischen Sachzwängen zu legitimieren. Eine Tagung des Militärgeschichtlichen For-